

152649-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten – Bewachung

OJ S 48/2025 10/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice

E-Mail: vergabe@beitragsservice.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Bewachung

Beschreibung: Auftraggeber sind die in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und das Deutschlandradio (DR), vertreten durch die Geschäftsführung des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio (nachfolgend "Beitragsservice" oder "Auftraggeber" genannt). Gegenstand dieser Vergabemaßnahme ist die Beschaffung von Bewachungsdienstleistungen für das Gebäude des Beitragsservice. Es ist beabsichtigt, mit dem wirtschaftlichsten Bieter einen Dienstleistungsvertrag mit einer Festlaufzeit von 3 Jahren und der Möglichkeit der zweimaligen Verlängerung um jeweils 14 Monate abzuschließen. Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande. Frühester Leistungsbeginn ist der 01.07.2025. Die zu vergebenden Leistungen umfassen insbesondere die 24-stündige Besetzung des Empfangs des Beitragsservice mit Bewachungspersonal, die regelmäßige Durchführung von Kontrollgängen innerhalb und außerhalb des Hauptgebäudes des Beitragsservice (Haus I und II), den Empfang von Besuchern, die Schlüsselausgabe sowie ausnahmsweise die Entgegennahme von Postsendungen (Briefe, Pakete usw.) in laufenden Vergabeverfahren, soweit eine elektronische Angebotsabgabe aus technischen Gründen nicht möglich sein sollte. Der Beitragsservice geht von einem jährlichen Auftragsvolumen von 17.520 Stunden für Bewachungsleistungen aus. Davon werden im ersten Vertragsjahr (01.07.2025 - 30.06.2026) 15.512 Stunden durch IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte (mit IHK-Prüfung) bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte (mit IHK-Prüfung) sowie 2.008 Stunden durch einen Leiter der Wachgruppe (IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft (mit IHK-Prüfung) bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft (mit IHK-Prüfung)) erbracht. Zusätzlich zu den jährlich insgesamt 17.520 Stunden können jährlich ca. 200 Stunden für Sonderbewachungsdienstleistungen anfallen (siehe nachfolgende Ziffer 5.2). Von den im ersten Vertragsjahr (Referenzvertragsjahr 01.07.2025 - 30.06.2026) zu erbringenden 15.512 Stunden durch IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte sind 2.496 Stunden an Sonntagen, 568 Stunden an Feiertagen und 5.840 Stunden in der Nacht (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) zu erbringen. Die Erbringung der regelmäßigen Bewachungsleistungen erfolgt in drei Schichten á 8 Stunden. Der

Auftragnehmer ist verpflichtet, pro Schicht jeweils zwei qualifizierte Mitarbeiter einzusetzen. Bei der Schichtbesetzung ist montags bis freitags anstelle eines qualifizierten Mitarbeiters der Leiter der Wachgruppe für 8 Stunden in der Zeit von 06:00 bis 22:00 Uhr (d.h. entweder von 06:00 bis 14:00 Uhr (Frühschicht) oder von 14:00 bis 22:00 Uhr (Spätschicht) einzusetzen. Der Auftragnehmer hat zudem mindestens 2 Personen als Ersatzpersonal vorzuhalten. Als Ersatzpersonal dürfen nur IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte eingesetzt werden, die zudem über die erforderliche Objekteinweisung verfügen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur Personen als Bewachungspersonal einzusetzen, die mindestens die Qualifikation "IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft (mit IHK-Prüfung)" bzw. mit heutiger Bezeichnung "IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft (GSSK-mit IHK-Prüfung)" bzw. eine vergleichbare Qualifikation in einem anderen europäischen Mitgliedstaat nachweisen können. Der Leiter der Wachgruppe ist eine "IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft (mit IHK-Prüfung)" bzw. mit heutiger Bezeichnung "IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft (GSSK - mit IHK-Prüfung) oder verfügt über eine vergleichbare Qualifikation in einem anderen europäischen Mitgliedstaat und kann mindestens 3 Jahre Berufserfahrung vorweisen. Der Leiter der Wachgruppe ist in die normale Bewachungstätigkeit eingegliedert. Die Sicherheitsmitarbeiter, die für Sonderbewachungen eingesetzt werden, müssen nicht zwangsläufig IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte oder IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte sein. Weitere Einzelheiten zu den ausgeschriebenen Dienstleistungen sind den Vergabeunterlagen (insbesondere der Leistungsbeschreibung (Teil B.)) zu entnehmen.
Kennung des Verfahrens: 8ef021d7-e89b-4bbb-9894-6caa9392caad
Interne Kennung: BW 08/24
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten
Zusätzliche Einstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXS0YMWYT6SQZQ50 Keine

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: vgl. Anlage A6
Korruption: vgl. Anlage A6
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: vgl. Anlage A6
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: vgl. Anlage A6
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: vgl. Anlage A6
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: vgl. Anlage A6
Betrugsbekämpfung: vgl. Anlage A6

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: vgl. Anlage A6
Zahlungsunfähigkeit: vgl. Anlage A6
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: vgl. Anlage A6
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: vgl. Anlage A6
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: vgl. Anlage A6
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: vgl. Anlage A6
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: vgl. Anlage A6
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: vgl. Anlage A6
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: vgl. Anlage A6
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: vgl. Anlage A6
Entrichtung von Steuern: vgl. Anlage A6
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: vgl. Anlage A6

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Bewachung

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabemaßnahme ist die Beschaffung von Bewachungsdienstleistungen für das Gebäude des Beitragsservice. Es ist beabsichtigt, mit dem wirtschaftlichsten Bieter einen Dienstleistungsvertrag mit einer Festlaufzeit von 3 Jahren und der Möglichkeit der zweimaligen Verlängerung um jeweils 14 Monate abzuschließen. Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande. Frühester Leistungsbeginn ist der 01.07.2025. Die zu vergebenden Leistungen umfassen insbesondere die 24-stündige Besetzung des Empfangs des Beitragsservice mit Bewachungspersonal, die regelmäßige Durchführung von Kontrollgängen innerhalb und außerhalb des Hauptgebäudes des Beitragsservice (Haus I und II), den Empfang von Besuchern, die Schlüsselausgabe sowie ausnahmsweise die Entgegennahme von Postsendungen (Briefe, Pakete usw.) in laufenden Vergabeverfahren, soweit eine elektronische Angebotsabgabe aus technischen Gründen nicht möglich sein sollte. Der Beitragsservice geht von einem jährlichen Auftragsvolumen von 17.520 Stunden für Bewachungsleistungen aus. Davon werden im ersten Vertragsjahr (01.07.2025 - 30.06.2026) 15.512 Stunden durch IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte (mit IHK-Prüfung) bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte (mit IHK-Prüfung) sowie 2.008 Stunden durch einen Leiter der Wachgruppe (IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft (mit IHK-Prüfung) bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft (mit IHK-Prüfung)) erbracht. Zusätzlich zu den jährlich insgesamt 17.520 Stunden können jährlich ca. 200 Stunden für Sonderbewachungsdienstleistungen anfallen (siehe nachfolgende Ziffer 5.2). Von den im ersten Vertragsjahr (Referenzvertragsjahr 01.07.2025 - 30.06.2026) zu erbringenden 15.512 Stunden durch IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte bzw. IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte sind 2.496 Stunden an Sonntagen, 568 Stunden an Feiertagen und 5.840 Stunden in der Nacht (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) zu erbringen. Die Erbringung der regelmäßigen Bewachungsleistungen erfolgt in drei Schichten á 8 Stunden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, pro Schicht jeweils zwei qualifizierte Mitarbeiter einzusetzen. Bei der Schichtbesetzung ist montags bis freitags anstelle eines qualifizierten Mitarbeiters der Leiter der Wachgruppe für 8 Stunden in der Zeit von 06:00 bis 22:00 Uhr (d.h. entweder von 06:00 bis 14:00 Uhr (Frühschicht) oder von 14:00 bis 22:00 Uhr (Spätschicht)) einzusetzen. Der Auftragnehmer hat zudem mindestens 2 Personen als Ersatzpersonal vorzuhalten. Als Ersatzpersonal dürfen nur IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte bzw. IHK-geprüfte Schutz- und

Sicherheitskräfte eingesetzt werden, die zudem über die erforderliche Objekteinweisung verfügen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur Personen als Bewachungspersonal einzusetzen, die mindestens die Qualifikation "IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft (mit IHK-Prüfung)" bzw. mit heutiger Bezeichnung "IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft (GSSK-mit IHK-Prüfung)" bzw. eine vergleichbare Qualifikation in einem anderen europäischen Mitgliedstaat nachweisen können. Der Leiter der Wachgruppe ist eine "IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft (mit IHK-Prüfung)" bzw. mit heutiger Bezeichnung "IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft (GSSK - mit IHK-Prüfung) oder verfügt über eine vergleichbare Qualifikation in einem anderen europäischen Mitgliedstaat und kann mindestens 3 Jahre Berufserfahrung vorweisen. Der Leiter der Wachgruppe ist in die normale Bewachungstätigkeit eingegliedert. Die Sicherheitsmitarbeiter, die für Sonderbewachungen eingesetzt werden, müssen nicht zwangsläufig IHK-geprüfte Werkschutzfachkräfte oder IHK-geprüfte Schutz- und Sicherheitskräfte sein. Weitere Einzelheiten zu den ausgeschriebenen Dienstleistungen sind den Vergabeunterlagen (insbesondere der Leistungsbeschreibung (Teil B.)) zu entnehmen. Interne Kennung: BW 08/24

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: zweimalige Verlängerungsoption um jeweils 14 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Einlegung von Rechtsbehelfen Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig ist, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt; 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden; 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden; 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen

zu wollen, vergangen sind. Weitere Einzelheiten hierzu können dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere §§ 160 ff. GWB, entnommen werden. Das GWB kann unter www.gesetze-im-internet.de eingesehen werden.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis seiner/ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erklärt der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft/der Eignungsverleiher (Anlage A7 der Vergabeunterlagen): Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir bzw. mein/unser Unternehmen über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen bzw. im Fall der Zuschlagserteilung eine solche unverzüglich abschließen werden. Die Versicherung hat mindestens folgende Deckungssummen je Schadensereignis aufzuweisen: - von EUR 2.000.000,00 pauschal für Personen- und Sachschäden, - von EUR 3.000.000,00 für Vermögensschäden. Die Deckungssummen stehen jeweils 2-fach maximiert pro Versicherungsjahr zur Verfügung. Ich/Wir garantiere(n) bei Vorliegen einer Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. im Fall der Eignungsleihe, dass die bestehende bzw. abzuschließende Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung im Zuschlagsfall auch das konkrete Auftragsverhältnis umfasst. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, einen entsprechenden Nachweis durch Vorlage einer Kopie der Versicherungsurkunde zu erbringen.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung erkläre ich/wir als Bieter bzw. Bietergemeinschaft/ Unterauftragnehmer/ Eignungsverleiher (Anlage A6 der Vergabeunterlagen): a) dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB unserem Unternehmen zuzurechnen ist, oder wir als Unternehmen, nicht wegen einer der in § 123 Absatz 1 GWB aufgezählten bzw. diesen gemäß § 123 Absatz 2 GWB gleichgestellten Straftatbestände rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen uns als Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist; b) dass wir als Unternehmen unseren Verpflichtungen zur ordnungs- und fristgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des Staats, in dem wir ansässig sind, regelmäßig nachgekommen sind und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandkräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. unseren Verpflichtungen dadurch nachgekommen sind, dass wir uns zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichten haben und zukünftig ordnungsgemäß nachkommen werden und zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Eigenerklärung keine fälligen Rückstände bestehen; c) dass wir als Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen haben; d) dass wir als Unternehmen nicht zahlungsunfähig sind, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der

Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat; (Sofern ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren über das Vermögen des Unternehmens eröffnet wurde oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist, erkläre(n) ich/wir, dass ich/wir zusätzlich aktuelle Nachweise beigefügt habe(n), die meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit belegen.) e) dass wir als Unternehmen bzw. eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen haben, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird; f) dass wir als Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen haben die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken; g) dass keine Umstände vorliegen, die einen Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens begründen könnten, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des öffentlichen Auftraggebers bzw. für den öffentlichen Auftraggeber tätige Personen zu beeinträchtigen vermag; h) dass trotz einer etwaigen Einbeziehung unseres Unternehmens bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens keine Wettbewerbsverzerrung eingetreten ist; i) dass wir als Unternehmen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages die wesentlichen Anforderungen des öffentlichen Auftrages stets ordnungsgemäß und fristgerecht erbracht haben; j) dass ich/wir im vorliegenden Vergabeverfahren keine unzutreffenden Erklärungen auch in Bezug auf Ausschlussgründe und Eignungsanforderungen abgegeben habe(n) und in der Lage bin/sind, die geforderten Nachweise - soweit erforderlich - zu übermitteln; k) dass ich/wir als Unternehmen - nicht versucht habe(n), die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, - nicht versucht habe(n), vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die ich/wir unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte(n), - nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt haben, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht habe(n), solche Informationen zu übermitteln. l) dass wir als Unternehmen insbesondere unsere Verpflichtungen zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) und zur Gewährung von Arbeitsbedingungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfüllen und nicht gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) verstoßen oder verstoßen haben und die Voraussetzungen von § 19 MiLoG, § 21 AEntG bzw. § 21 SchwarzArbG nicht vorliegen, d.h. unser Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG, § 23 AEntG bzw. § 8 ff. SchwarzArbG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden ist; m) dass wir als Unternehmen in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen sind, sofern dies gesetzlich in dem Staat, in dem wir ansässig sind, vorgeschrieben ist bzw. dass eine Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach den jeweiligen für unser Unternehmen einschlägigen gesetzlichen Regelungen nicht vorgeschrieben ist; n) dass unser Unternehmen nicht im Wettbewerbsregister eingetragen ist und gegen unser Unternehmen eine solche Eintragung auch nicht droht. o) dass wir als Unternehmen bei der Ausführung aller öffentlichen Aufträge und des vorliegend ausgeschriebenen öffentlichen Auftrags die "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" vollumfänglich einhalten und damit alle Verbote und Sanktionen gegenüber Russland korrekt umsetzen. Der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft /der Unterauftragnehmer/der Eignungsverleiher erklärt außerdem weiterhin, dass im Fall des Vorliegens von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ergriffen wurden und erläutert diese in seiner Eigenerklärung (Anlage A6 der Vergabeunterlagen).

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis seiner/ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit erklärt der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/der Eignungsverleiher (Anlage A8 der Vergabeunterlagen): a) dass mein/unser Unternehmen den Anforderungen aus der Gewerbeordnung (GewO) entspricht und über eine Bewachungserlaubnis gemäß § 34a GewO) verfügt; b) dass die gemäß § 11b GewO erforderlichen Eintragungen im Bewacherregister vorliegen; c) dass die für die Durchführung der Bewachungstätigkeiten vorgesehenen Personen die erforderliche Zuverlässigkeit im Sinne der GewO nachweisen können oder über einen gleichwertigen Nachweis verfügen (vgl. § 13c GewO); d) dass mein/unser Unternehmen über eine Zertifizierung gemäß ISO 9001 und gemäß DIN 77200 oder eine vergleichbare Zertifizierung verfügt, die in dem Mitgliedsstaat angeboten wird, in dem mein/unser Unternehmen seinen Firmensitz hat e) dass ich/wir im Fall der Zuschlagserteilung während der gesamten Vertragslaufzeit die jeweils geltenden gesetzlichen Datenschutzregelungen (insbesondere zur Auftragsverarbeitung gemäß EU-Datenschutzgrundverordnung) einhalten werde(n). Weitere Eignungsnachweise: Darüber hinaus hat der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft/der Eignungsverleiher zum Nachweis seiner/ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zusätzlich eine Referenzliste mit mindestens 3 Referenzaufträgen vorzulegen, die innerhalb der letzten drei Jahre bestanden haben oder aktuell bestehen (d.h. laufendes Vertragsverhältnis oder innerhalb der letzten drei Jahre abgeschlossenes Vertragsverhältnis), und in Inhalt, Anforderungen und Volumen dem ausgeschriebenen Auftrag möglichst ähnlich sind und nachfolgende Mindestanforderungen erfüllen: " die im Rahmen des Referenzauftrags erbrachten Dienstleistungen haben/hatten einen Empfangs- und Pfortendienst zum Gegenstand " mindestens 1 Referenzauftrag hat /hatte ein Stundenvolumen pro Jahr von mindestens 15.000 Stunden " mindestens 1 Referenzauftrag hat/hatte einen 24-stündigen Bewachungsdienst zum Gegenstand Darüber hinaus hat die Referenzliste zu jedem Referenzauftrag folgende Mindestangaben zwingend zu enthalten: " Referenzbezeichnung (Name und Sitz des Referenzunternehmens), " Tätigkeitsfeld des Referenzunternehmens, " Ansprechpartner beim Referenzunternehmen " Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzunternehmen (E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer), " Angabe, wer die Referenz einbringt: "Bieter", "Bietergemeinschaft", "Eignungsverleiher (Unterauftragnehmer)", " Angabe, ob der Referenznehmer direkter Vertragspartner des Referenzunternehmens ist oder als Unterauftragnehmer eingesetzt wird, " Beschreibung der Referenz unter Angabe der erbrachten bzw. zu erbringenden Tätigkeiten, " Laufzeit des Referenzauftrages (TT.MM.JJJJ - TT.MM.JJJJ). Hinweis: - Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führen zum Ausschluss des Angebots - Angebote mit einer unvollständigen Anlage "Referenzliste" (insbesondere fehlende Mindestangaben, wie bspw. fehlende Angaben zum Vertragsgegenstand, zur Auftragsdauer und/oder fehlende Kontaktdaten des Ansprechpartners) können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden. Es ist nicht ausreichend, wenn der Ansprechpartner des Referenzunternehmens dem Beitragsservice nur auf Anfrage konkret benannt wird. Der Ausschluss des Angebots ist zwingend, soweit der Bieter unvollständige Referenzangaben (insbesondere auch die Kontaktdaten des Ansprechpartners des Referenzkunden) auch nach zulässiger Nachforderung nicht vervollständigt bzw. nicht vervollständigen kann. - Die Datenschutzgrundverordnung und die Datenschutzgesetze untersagen die Nennung eines Referenzkunden nicht, sofern und soweit dieser mit der Referenzangabe einverstanden ist (Einwilligung in die Datenweitergabe).

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 18/03/2025 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMWYT6SQZQ50/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMWYT6SQZQ50>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMWYT6SQZQ50>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 25/03/2025 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 34 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Beitragsservice behält sich vor, von der Nachforderungsmöglichkeit gemäß § 56 VgV nach pflichtgemäßen Ermessen Gebrauch zu machen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 25/03/2025 12:15:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Keine

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig ist, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der

Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt; 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der

Vergabestelle gerügt werden; 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden; 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Weitere Einzelheiten hierzu können dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere §§ 160 ff. GWB, entnommen werden. Das GWB kann unter www.gesetze-im-internet.de eingesehen werden.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice

Registrierungsnummer: T:022150610

Postanschrift: Freimersdorfer Weg 6

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50829

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@beitragsservice.de

Telefon: +49 22150610

Fax: +49 22150612801

Internetadresse: <https://www.dtvp.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.dtvp.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: 05315-03002-81

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Rheinland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 2211473055

Fax: +49 2211472889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

6e05b674-38a1-416b-91f3-a0e472a89891-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Aktualisierung der Leistungsbeschreibung und Änderungen in Anlage A12

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: In der Leistungsbeschreibung wurden die Vorgaben zur Ersteinweisung geändert. Darüber hinaus wurden in dem Dokument 015_Teil C. - Anlage A12 - Dienstleistungsvertrag zu BW 08-24.docx Änderungen zu den folgenden Paragraphen vorgenommen: - § 3 Absatz 3 und Absatz 5 - § 7 Absatz 5 - § 15 Absatz 3

Änderung der Auftragsunterlagen am: 07/03/2025

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 221eeff1-8173-4305-b3a7-863cd37101fc - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/03/2025 12:39:58 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 152649-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 48/2025

Datum der Veröffentlichung: 10/03/2025